

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags, Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamzeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gatz in Wildbad.



Nummer 128

Fernruf 179.

Wildbad, Montag, den 7. Juni 1920.

Fernruf 179.

54. Jahrgang

Die Gefahr im Osten.

Auf die Folgen, die der russisch-polnische Krieg für den deutschen Osten haben kann, weist Rittmeister Arnold Reckberg in einem beachtenswerten Artikel in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ hin. Nach zuverlässigen Nachrichten, so schreibt er, ist das Heer der Moskauer Sowjetregierung, das in Polen operiert, etwa eine Million fünfhunderttausend Mann stark. Dieser Zahl gegenüber erscheint eine Verstärkung der deutschen Grenztruppen nicht ausreichend. Es darf nicht vergessen werden, daß gerade die hervorragendsten deutschen Truppensführer mit alleiniger Ausnahme des Generals v. Seect aus dem kleinen deutschen Heer ausgeschieden sind. Ebenso haben viele der besten jüngeren Generalsstähler, welche den Strategen als ausführende Organe zurechenbar sind, die Armee verlassen. Von den deutschen Frontoffizieren haben viele der besten den Abschied genommen. Auch bezüglich der Kampfkraft der deutschen Truppe scheint es nicht berechtigt, sich in unbegründeter Sicherheit zu wiegen.

Die Truppen der ehemaligen deutschen Armee, welche zu Beginn des Weltkriegs gegen die an Zahl überlegene russische Armee gefochten haben, waren vor allem auch mit allem notwendigen Kriegsmaterial reichlich versehen. Infolge der Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrags von Versailles wird das dem deutschen Heer zur Verfügung stehende Kriegsmaterial täglich geringer und zur Verteidigung unzureichender. Demgegenüber haben die Operationen der roten bolschewistischen Armeen gegen Denikin und Koltschak im Kaukasus und in Persien und deren jetzige Operationen gegen die von französischen Generalsstäben geleiteten Polen bewiesen, daß die rote Armee der Moskauer Sowjetregierung strategisch besser geführt ist, als die ehemalige kaiserliche russische Armee geführt wurde.

Die Erfolge dieser Operationen haben ferner bewiesen, daß die rote Armee mit Kriegsmaterial völlig hinreichend ausgerüstet sein muß und daß auch die russischen Eisenbahnen leistungsfähig genug sind, um auf ihnen größere Truppenmassen bewegen zu können. Es ist daher nicht sicher, ob es gelingen wird, die an Zahl weit überlegene russische Armee, wenn sie durch Polen durchbrechen sollten, an der deutschen Ostgrenze mit dem kleinen deutschen Heer aufzuhalten. Dazu kommt, daß wie ebenfalls im Ausschuss der Nationalversammlung erörtert wurde, die Moskauer Sowjetregierung versuchen wird, gleichzeitig mit einem Durchbruch ihrer Armee durch Polen bolschewistische Erhebungen in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet zu veranlassen. Weiter ist die dafür vorbereiteten Organisationen entwickelt sind, läßt sich mit Bestimmtheit nicht nachweisen. Es ist daran zu erinnern, daß noch mindestens eine halbe Million Russen, z. T. ehemalige Kriegsgefangene, in deutschen Bergwerken beschäftigt werden. Die Anhänger des Bolschewismus in Deutschland haben ganz sicher auch jetzt noch genug Waffen, um eine deutsche „rote Armee“ aufzustellen, welche sich im Rücken der gegen die rote Armee der Sowjetregierung kämpfenden deutschen Truppen im geeigneten Augenblick erheben könnte.

Die Absichten der Moskauer Sowjetregierung sind von vornherein nie andere, als die rein militärische Herrschaft und Eroberung gewesen. Ihre Kampfweise ist aber von der bisher bekannten Kampfweise europäischer Kriegführung durchaus verschieden und ist in dieser Beziehung vielfach noch nicht richtig erkannt worden. Das wesentlichste Kampfmittel der Sowjetregierung ist nicht ihre Armee, sondern die Propaganda. Für diese Propaganda bedient sich die Moskauer Sowjetregierung, welche ihrerseits die russischen Arbeiter durch militärische Gewalt zu harter Fron zwingt, in Mittel- und Westeuropa bolschewistische Ideen. In Asien dagegen gewinnt sie die mohammedanischen Völker damit, daß sie den Bolschewismus als mit dem Koran verwandt darstellt und Lenin als den Nachfolger Mohammeds im Kampf gegen das Christentum als die Ungläubigen bezeichnet. In Indien und Irland nützt sie außerdem nationale Bewegungen aus.

Neues vom Tage.

Ernennung.

Berlin, 3. Juni. Wie die „Börsenztg.“ meldet, ist Prinz Wilhelm zu Wied, der ehemalige Fürst

von Albanien, der deutschen Gesandtschaft in Stockholm als Legationsrat zugeteilt worden. (Prinz Wilhelm ist der jüngere Bruder des Fürsten Friedrich, des Schwiegersohns des früheren Königs Wilhelm von Württemberg.)

Reere Putzgerüste.

Berlin, 3. Juni. Das „Berl. Tageblatt“ und andere Blätter meldeten, in der Nähe von Berlin sammelten sich 1500 deutsche, besonders bayerische Truppen zu einem Putz am 6. Juni, wo Insektengifte verpackt werden sollten. Auch Pläne gegen die Juden sollen bestehen. Die Arbeiterschaft wolle man durch reichliche Zuteilung von Lebensmitteln in Ruhe halten. Prinz August Wilhelm von Preußen in Potsdam siehe an der Spitze des Putzes.

Amlich wird zu dieser Meldung des „Tageblatts“ durch WTB festgestellt, daß alle Behauptungen des Blattes in vollem Umfang unbegründet sind. Im ganzen Umkreis von Berlin befinden sich keinerlei Truppen, die sich nicht befehlsgemäß dort aufhalten. Diese Truppen stehen geschlossen hinter ihren Führern. Prinz August Wilhelm befindet sich gar nicht in Potsdam, sondern ist auf Reisen.

Keine Sonntagseitung.

Zuffeldorf, 6. Juni. Die Zeitungsverleger in Zuffeldorf wurden durch die dem Transportarbeiterverband angeschlossenen Zeitungsträgerinnen gezwungen, an Sonntag und Feiertagen das Erscheinen der Zeitungen einzustellen.

Die Schweiz überläßt Getreide an Baden.

Bern, 6. Juni. Der Bundesrat hat von den amerikanischen Weizen- und Mehlvorräten, die in Mannheim für die Schweiz lagern, angefordert, die schwierigen Ernährungsverhältnisse Baden eine gewisse Menge zum Selbstkostenpreis überlassen.

Aus dem besetzten Gebiet.

Düren, 6. Juni. Die Besatzungsbehörde in Düren beschlagnahmte ohne weiteres ein in der Nähe der Stadt gelegenes Gelände von 500 Morgen zur Errichtung eines Flugplatzes. Die Fläche, die mit Getreide und Kartoffeln angebaut war, wurde völlig zerstört. Der Reichskommissar für das besetzte Gebiet hat bei der Rheinlandskommission Einspruch erhoben. (Nach dem Friedensvertrag ist Deutschland verpflichtet, den Feinden Flugplätze zur Verfügung zu stellen.)

Berlin, 6. Juni. Aus Nordschleswig wird der „Börsen Zeitung“ gemeldet, daß das Geschäftsleben in der ersten Zone auf dem toten Punkt angelangt ist.

Gleiwitz, 6. Juni. Nach einer wüsten Schlägerei zwischen französischen Soldaten und Mitgliedern einer geschlossenen Tanzgesellschaft stürzten 150 Franzosen, wie die „Bresl. Morgenzeitung“ meldet, eine in der Nähe liegende Polizeiwache und richteten die Beamten übermäßig zu. Auch die zu Hilfe gerufene Sicherheitspolizei geriet mit den Franzosen zusammen. Schließlich ergriffen die Franzosen die Flucht.

Reuthen i. O., 6. Juni. Die Kommission der Verbündeten hat angeordnet, daß zum Schutze der Interessen der polnischen Bevölkerung (1) den Landräten polnische Beiräte beigegeben werden, die das Recht haben, sämtliche Akten einzusehen und gegen die Bestimmungen der Landräte Protest zu erheben. Bei der Schulverwaltung der Regierung in Dypeln soll ein höherer polnischer Schulrat mit dem gleichen Rechte arbeiten.

Die „Oberschlesische Grenzzeitung“ meldet aus Warschau: Die polnische Regierung hat aus Rom die amtliche Benachrichtigung erhalten, daß der päpstliche Nuntius, Erzbischof Ratti, auf Grund eines besonderen päpstlichen Edikts vom 26. April zum päpstlichen Abstimmer und Kommissar für Oberschlesien, Ost- und Westpreußen ernannt worden ist.

Deutschland und der Völkerbund.

London, 6. Juni. Lloyd George hatte auf der Konferenz von San Remo versprochen, die Anregung Italiens, daß Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werden solle, zu unterstützen. Die Verbündeten haben nun aber auf den Widerspruch Frankreichs, Belgiens, Kanadas und Australiens beschloffen, der Frage nicht näher zu treten.

Der Friedensschluß übereilt.

Paris, 6. Juni. Die Pariser Blätter tadeln den Abgeordneten Tardieu heftig, der in der Kammer

erklärt hatte, England und Amerika seien bereit gewesen, auf Frankreich einzuwirken, daß auf die Befehle des linken Rheinufers verzichtet und die Kriegsschädigung herabgesetzt werde, falls Deutschland sich weigere, den Friedensvertrag zu unterschreiben. „Celair“ schreibt, es sei traurig, feststellen zu müssen, daß ein französischer Abgeordneter, der auch Friedensunterhändler war, den Deutschen solche Waffen liefere, um die Völkervernichtung der Rheinlande von Preußen zu bekämpfen.

Brüssel, 6. Juni. Der „Soir“ meldet: Die belgische Kommission für den Wiederaufbau hat sich dem Beschluß der französischen Wiederaufbaukommission am 27. Mai angeschlossen, daß eine weitere Herabsetzung der Schädenerforderungen Deutschlands unmöglich sei.

Die englisch-russischen Verhandlungen.

London, 6. Juni. Die Verhandlungen des internationalen Wirtschaftsrats mit Krassin, die am Freitag stattfinden sollten, sind abgefragt worden. Es ist fraglich, ob die Verhandlungen in nächster Woche wieder aufgenommen werden. Lloyd George ist aufs Land abgereist, ohne Krassin noch einmal gesprochen zu haben. Krassin gilt als Werkzeug des aus England ausgewiesenen Bolschewisten Litwinow.

Einwanderungsperre in England.

London, 6. Juni. Die englische Regierung läßt keine Ausländer mehr einwandern, die in England Arbeit suchen. Die Regierung will zunächst alle arbeitslosen ehemaligen Soldaten unterbringen.

Keine Vermögensabgabe in England.

London, 6. Juni. (Reuter.) Die Regierung hat die Absicht, eine Abgabe auf die im Krieg erworbenen großen Vermögen zu erheben, endgültig ausgegeben.

Der Streit um die Alands-Inseln.

Helsingfors, 6. Juni. Die Erregung gegen Schweden ist durch den Besuch einer Abordnung der Alands-Inseln in Stockholm noch gesteigert worden. Die finnische Regierung wurde aufgefordert, für alle Fälle Vorkehrungsregeln zu treffen.

Krieg im Osten.

Moskau, 6. Juni. Nach einer Radiomeldung stehen die Sowjettruppen auf der ganzen Front gegen Polen in hartnäckigen Kämpfen. Im Raum von Wilna, an der Berezina und im Kiener Gebiet, sowie südlich davon haben die Polen Erfolge errungen, während weiter südlich die Russen an mehreren Punkten vorgekommen sind.

London, 6. Juni. (Reuter.) Ein allgemeiner bolschewistischer Angriff hat am Pripiet und Dnjepr begonnen.

Um das russische Gold.

Stockholm, 6. Juni. Der französische Gesandte machte bei der schwedischen Regierung die Ansprüche Frankreichs auf das russische Gold wegen der früheren Anleihen an Rußland geltend. (Die Sowjetregierung hat bekanntlich in Schweden große Bestellungen in Maschinen gemacht, die sie in Gold bezahlen will.)

Washington, 6. Juni. Der Staatssekretär des auswärtigen Post hat sein Entlassungsgesuch eingereicht, das von Wilson angenommen wurde. (Poll war im vorigen Jahr, nachdem auch Lansing wegen Streitigkeiten mit Wilson sein Amt niedergelegt hatte, von Wilson zum Staatssekretär ernannt worden. Wilson soll jetzt übrigens geistig völlig unzurechnungsfähig sein. Seit einigen Tagen sind nach einer Washingtoner Nachricht die Fenster seines Schlafzimmers im „Weißen Haus“, dem Präsidentenpalast, mit Eisengittern versehen. Wilson hat seit September v. Js. das Haus nicht mehr verlassen. Er soll schon längere Zeit nicht mehr fähig sein, zu arbeiten, die „Regierung“ liege in den Händen seiner ehrsüchtigen Frau.)

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

St. Gallen. Der Salztankverkehr steht gegenwärtig im Mittelpunkt der ganzen Volkswirtschaft. Er bildet ihr Barometer. Eine wilde Spekulation hat sich seiner bemächtigt. Neulich stellte es sich heraus, daß nach dem schönen Aufstieg des deutschen Marktkurses in Zürich auf 17.00 Rappen der ausländische Markt mit Haupteingangsüberfakt war. Das führte zu einem jähen Rückgang bis auf 12.35 Rappen am 3. Juni, wozu allerdings erlogene politische Gerüchte über Putzverträge in Deutschland herhalten mußten. Am Freitag stand die Markt

in Kurze wieder auf 13.05 Kappen. — Man möchte beinahe vermuten, daß die Alarmnachrichten gewisser Blätter auch Börse...

Börse. Die Tendenzhaltung des Börsenverkehrs war in der letzten Woche fast ausschließlich von der Bewegung des Marktkurses abhängig. Stiegen die Auslandsdevisen und fiel die Mark...

Produktenmarkt. Der Haberpreis zuzt gegenwärtig erhebliche Schwankungen. In Berlin war während der letzten 8 Tage sein höchster Stand 179, sein niedrigster 140 Mk. für den Zentner...

Warenmarkt. Die Preisrückgänge nehmen ihren Fortgang. Auch der Eisenhändlerverband in Düsseldorf hat seine Preisföhrung ermäßigt. Die Kohlenpreise zeigen leider eher noch eine steigende Tendenz...

Wiedermarkt. Die Seuche nimmt noch nicht ab, aber es ist zu hoffen, daß dies dank den verbesserten Abwehrmaßnahmen bald eintritt. Die Viehpreise sind infolgedessen hoch. Ein schwarzes Ferkel kostet immer noch 40 Mk. Ein mittleres Ochsenfleisch ist unter 15—20.000 Mk. nicht mehr zu haben...

Kurzer Wochenbericht

der Preisoberfläche des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 29. Mai bis 4. Juni.

Die Nachrichten aus Argentinien freilich die Meldungen, daß die dortige Regierung ein Ausfuhrverbot für Weizen beabsichtige, von neuem auf. Bis jetzt ist ein solches nicht erfolgt. Die Exportabrechnung schätzte die für die Ausfuhr verfügbaren Weizenmengen auf rund 2 Millionen Tonnen. Die Exportmöglichkeiten sind aber sehr erschwert durch die jetzt beginnenden Verfrachtungen der neuen argentinischen Maisernte...

Württemberg.

Stuttgart, 5. Juni. (Vom Rathaus.) Zur Beschaffung der Geldmittel für Erweiterungsbauten des Gas- und Elektrizitätswerks werden 10 Millionen 4prozentige Stuttgarter Stadtanleihe zum Kurs von 101 1/2 Proz. ausgegeben.

Am 1. Juli soll bei der hiesigen Stadtverwaltung ein Nachrichtenamt eingerichtet werden. Zum Leiter wurde der bisherige Ratsszenograph Hermann Schödl berufen. Ein Pressebeirat soll die Verbindung zwischen Rathaus und Tagespresse herstellen.

Stuttgart, 6. Juni. (Aus russischer Gefangenschaft.) Am Donnerstag früh trafen die ersten sibirischen Kriegsgefangenen hier ein. Sie waren aus verschiedenen Lagern, wie Perm, Kamsk, Dmsk, Pawlodar, Barnaul und sind am 27. Mai nach langer und beschwerlicher Reise in Swinemünde mit dem deutschen Dampfer „Genta“ gelandet. Sie sahen alle frisch und gesund aus. Nachdem sie von der Volkshilfe bewirtet und mit Liebesgaben versehen waren, strebte jeder seinem Heimatort zu.

Stuttgart, 6. Juni. (General v. Gallwitz in Stuttgart.) Am Freitag abend sprach der berühmte Heerführer General v. Gallwitz in einer Wahlversammlung der Württ. Bürgerpartei. Der große Festsaal der Lieberhalle war lange vor Beginn der Versammlung erdrückend voll und viele Hunderte konnten keinen Einlaß mehr finden und erwarteten den General auf der Straße...

Stuttgart, 6. Juni. (Die Ernteflächenhebung.) Ernährungsminister Graf erklärt zu der Meldung, daß er es abgelehnt habe, mit der Abordnung des Landw. Hauptverbands über die Verordnung der Ernteflächenhebung durch Geometer zu verhandeln, solange der Verband seine Mißtrauensfundgebung gegen den Minister aufrecht erhalte. Er habe es abgelehnt, mit den Herren Dingler-Galw u. Hermann-Hohemühlringen, die sich als „Vertreter“ des Verbands bezeichneten, zu verhandeln. Diese beiden haben ihr Mißtrauen aufrecht erhalten und haben sich dann entzerrt. Darauf habe er mit den übrigen Herren der Abordnung, die sämtlich „Mitglieder“ des Verbands waren, sich aber nicht als „Vertreter“ desselben bezeichneten, weiter verhandelt. — Die Verordnung über Ernteflächenhebung ist, wie berichtet, inzwischen zurückgenommen worden. Wie verlautet, ist die Zurückziehung der Verordnung auf das Eingreifen des Staatspräsidenten Blos zurückzuführen. Auch der Vorstand der Landwirtschaftskammer hatte ein dringendes Ersuchen um Aufhebung an das Ernährungsministerium gerichtet.

Stuttgart, 6. Juni. (Todesfall.) Der in der Industrie- und Handelswelt weitbekannte Geh. Kommerzienrat v. Widenmann ist im Alter von 82 Jahren gestorben. Einem langen schweren Leiden ist der 38 Jahre alte Sohn Walter des kürzlich verstorbenen Geheimrats Dr. Junghans in Schramberg erlegen.

Stuttgart, 6. Juni. (Die U.S.P. und Minister Heymann.) Die U.S.P. führt schon lange einen scharfen Kampf gegen Minister Heymann wegen Aufhebung einzelner Bestimmungen des Ausnahmezustands (Versammlungen unter freiem Himmel usw.). Der Landesvorstand der U.S.P. Württembergs hat sich deswegen an die Reichsregierung gewandt und, wie der „Sozialdemokrat“ berichtet, folgende Antwort erhalten: Der Ausnahmezustand für Württemberg besteht nicht. Es kann nur anheim gegeben werden, bei vorgelegter Behörde gegen Versammlungs- und Plakatverbote Beschwerde zu führen.

Schwaigern, 6. Juni. (Streik der Müller.) Wie der „Vereinshor“ mitteilt, haben die Müller des ganzen Leintals einschließlich Schindlern und Großgölkach und des ganzen Zabergäus in einer dem Oberamt zugestellten Entschlieung sich mit dem Berufsgenossen Dörr in Massenbach, dessen Betrieb geschlossen wurde, einverstanden. Sie werden für einen Bürger von Massenbach oder Massenbachhauern und für den Kommunalverband kein Getreide mehr mahlen, bis die Mühle Dörrs wieder aufgemacht ist. Sollte das Ernährungsministerium weitere Schwierigkeiten machen, so werden sämtliche Müller ihre Betriebe überhaupt schließen. Die Bauern des unteren und oberen Zabergäus werden in den Lieferstreik eintreten, sobald das Leintal damit beginnt.

Vollmaringen O.A. Horb, 6. Juni. (Schießfall.) Hermann Weiß, der Sohn des Bauern Clemens Weiß, wollte seinen Revolver reinigen. Auf einmal ging der Revolver los und tötete eine Näherin, die in der Stube am Tisch saß.

Saulgau, 6. Juni. (Drohender Wirtstreik.) Der Bezirkswirtsverein nahm einstimmig folgenden Antrag an: Wir sind bereit, dem oberschwäb. Brauereiverband für das Biter Fassbier 90 Pfg. zu bezahlen. Können die Brauereien nicht darauf eingehen, so werden wir von einem bestimmten Tage an auf eine genaue Zeitsammlung erdrückend voll und viele Hunderte konnten keinen Einlaß mehr finden und erwarteten den General auf der Straße. Als Galtwitz in dem mit den alten Reichsstarben geschmückten Rednerpult erschien, wurde er mit stürmischen Jubel begrüßt. Der General begann seine lange, in der Form vornehm maßvolle, in der Sache sehr entschiedene Rede mit dem Hinweis, daß es ihm vergönnt gewesen sei, nach und nach fast alle württembergischen Truppenteile unter seine Führung zu bekommen und er könne freudig bestätigen, was Lubendorff in seinen Kriegserinnerungen ausgesprochen hat: „Württemberg hatte nur gute Divisionen“. Am Schluß der Rede wurde dem General eine neue begeisterte Huldigung dargebracht.

dauer unsere Betriebe schließen bezw. kein Bier mehr verkaufen.

Zettung, 6. Juni. (Der Stand der Hopfen.) In den württembergischen Frühhopfengebieten haben die Pflanzen schon zwei Drittel und mehr der Drahthöhe erreicht. Die Pflanzen stehen gesund und kräftig, sind in der Entwicklung gut voran und stellen so eine gute Ernte in Aussicht.

Altensteig, 4. Juni. (Rein Stammholzverkauf der Stadtgemeinde.) Auf die von der Stadtgemeinde im Wege des mündlichen Aufstreichs angebotenen etwa 950 Festm. Stammholz wurden Höchstgebote von 125—236 Prozent, im Durchschnitt 200 Proz., der Forstzute abgegeben. Der Verkauf fand jedoch nicht die Genehmigung des Gemeinderats. Es wurde beschloffen, die Stammholzmenge zu einer späteren Abgabe zurückzustellen.

Frendenstadt, 4. Juni. (Die Zwangswirtschaft.) Die Amtsversammlung beschloß einstimmig eine Entschlieung an die Regierung, daß sie bei der Reichsregierung auf eine alsbaldige Aufhebung der Zwangswirtschaft mit Ausnahme von Getreide und Milch hinwirke.

Schwenningen, 4. Juni. (Aus der Uhren-Industrie.) Die Fachgruppe Großuhren des Wirtschaftsverbands der Deutschen Uhrenindustrie hat beschloffen, trotz der vollständigen Absatzstodung in Deutschland, der Einfuhrverbote in verschiedenen Ländern und der auch im Ausland fühlbar werdenden Wirtschaftskrisis zu versuchen, im Interesse der Arbeiterschaft ihre Betriebe, soweit sie Großuhren herstellen, vorerst bis 15. Juli ds. J. im bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten, mit Ausnahme der Abteilungen für Hausuhren und Hausuhren. Bei dieser Haltung Uhren muß eine sofortige, umfangreiche Einschränkung Platz greifen, da sie für die Ausfuhr kaum in Frage kommt. Ebenso werden auch diejenigen Fabriken, die Taschenuhren erzeugen, gezwungen sein, Einschränkungen schon vor dem 15. Juli durchzuführen. Der vielfach erwartete Preisabau kann in der Uhrenindustrie, ebenso wie in der gesamten Metallindustrie noch nicht eintreten. Die Preise der zur Uhrenfabrikation erforderlichen Rohstoffe hängen mit der ungeheuren Lohnhöhe, dem Kohlenpreis und den Transportkosten zusammen.

Nalen, 4. Juni. (Besitzwechsel.) Der bekannte Gasthof zum Schützen ging samt Mobiliar um den Preis von 164.000 Mark in den Besitz der Vereinigten Gewerkschaften über. — Die Firma Gebr. Spiegel hat die Herrenmühle um 165.000 Mark käuflich erworben.

Warenden, 4. Juni. (Stiftung.) Die Stadtverwaltung wurde durch eine Stiftung von 10.000 Mk. überrascht, die der verstorbene Professor Kornbed seiner Vaterstadt für wohltätige Zwecke zugewendet hat. Gleichzeitig überbrachte der Sekretär des Künstlers das der Stadtgemeinde gewidmete Bild Dorfinnerees aus Naach. Auch die „Niedertafel“ wurde für ihre Ehrung am Grabe des Verstorbenen mit einem seiner beliebten Motive „Heuernte“ erfreut.

Nedarjalm, 3. Juni. (Motorradrennen.) Bei dem letzten internationalen Motorradrennen in Düsseldorf haben Nedarjalmere Räder 4 erste, 4 zweite und 2 vierte Preise errungen.

Weinsberg, 3. Juni. (Weinversteigerung.) Bei der Versteigerung der Weine der Weingärtnergesellschaft wurden pro Hektoliter 1300, 1400 und 1500 Mk. verlangt. Da sich zu diesen Preisen kein Käufer fand, wurde der Wein zu 1100, 1200 und 1300 Mk. abgesetzt, ohne Steuer.

Weilertheim O.A. Mergentheim, 3. Juni. (Seltsener Selbstmord.) Am Pfingstmontag hat sich der verwitwete Christoph Hörner von hier im Vergewalt den Unterleib aufgeschnitten. Schwerverletzt froh er nach zwei Tagen zu dem Landenbacher Bahnwärter, von wo aus er in das Krankenhaus überführt wurde. Gestern erlag der Bedauernswerte seinen schweren Verletzungen.

Hall, 3. Juni. (Gesprengte Wahlversammlung.) Eine Wahlversammlung der Bürgerpartei, in der Oberamtmann Bazille-Stuttgart sprach, wurde von Jugendlichen und Nihilisten gesprengt. Die Ruheführer brannen bis auf die Wähe vor und hinderten den

Die wilde Hummel.

Roman von Erich Friesen.

43

(Fortsetzung.)

Die ganze Wildheit ihres Naturells ist wieder in ihr erwacht. Sie preßt das Taaschentuch in den Mund, um den wilden Ausschrei zu ersticken, der sich ihrer gemarterten Brust entringt. „Berraten! Berraten!“

Dann erwacht ihr Stolz. Mit einer herrlichen Gebärde, die an die „wilde Hummel“ von früher erinnert, wirft sie den Kopf in den Nacken.

Nicht unterjochen wird sie sich lassen! Nein. Von niemand! Auch nicht von dem Manne, der sich ihr Gatte nennt! Auch nicht von ihrem verletzten Stolz und ihrer verratenen Liebe! Von nichts! ... Einige Minuten zögert sie noch, um sich zu sammeln.

Dann geht sie festen Schritts in die Halle, wo ihr Gatte und Gräfin Mlothilde sie bereits voll Ungeduld erwarten.

Bei ihrem Anblick prallt die kleine Dame erschrocken zurück.

„Unmöglich! Was hast du, Kind?“ „Was soll ich haben?“ lacht Diane seltsam schief auf. „Nichts!“ „Du bist so bleich, so — —! Jeanette! Rasth Wajser! Und vnechajst! wusch, rasu.“ Doch langsam weist Diane alles zurück — ach, was

ist dieses Pächeln kostet — —! Nur, als Gräfin Mlothilde die Arme um sie schlingt und ihre jagende Wunde immer wieder ihrer Liebe und unhanglichkeit verjüngert — da ist es Diane einen Augenblick, als sie sie zusammenreagen.

Jetzt kommt auch die Hochzeitsgesellschaft, um Abschied zu nehmen — voran der alte General, auf seinem Stoa gestützt.

„Gott segne Dich, meine Tochter!“ sagt er gerührt, die junge Frau auf die Stirn kussend. „Und bleibe nicht zu lange fort! Halte bald Einzug in Birkenfeld!“

Für einen Moment werden Lianes Augen feucht, um gleich wieder kalt und abweisend zu blicken. Denn soeben ist Liselotte d'Esterre herangetreten und will der jungen Frau die Hand reichen.

Als bemerke sie die ausgestreckte Hand nicht, wendet Diane sich ab.

Norbert reicht seiner Gemahlin mit einer Verbeugung den Arm, um sie zum Automobil zu führen. Sein Blick sucht den ihren.

Sie aber sieht ihn nicht an. Stolz, hochaufgerichtet, jeder Zoll die „zukünftige Herrin des Stammstüzes derer von Achenbach“, schreitet sie am Arm ihres Gatten die Treppe hinab.

Als er sie jedoch in das Automobil heben will, weicht sie zurück. Ohne seine Hilfe steigt sie ein.

Etwas verwundert über ihr seltsames Gebaren, setzt er sich neben sie.

Schritte erschallen. Musik ertönt — —

Dann das übliche Knattern der Maschine. Köff! Köff! — —

Davon läuft das Automobil — hinein in die Nacht.

17. Fürwahr — eine seltsame Hochzeitsreise, die Fahrt des jungen, freiherrlichen Paares — hinunter nach dem Comer See!

Zuerst glaubte Norbert, sein junges Weib sei milder nach der aufregenden Hochzeitszeremonie.

Als sie jedoch auf all seine besorgten Fragen nur mit einem kurzen „Ja“ oder „Nein“ antwortet, als sie jeder Berührung mit ihm ausweicht, als sie gar offenen Widerstand entgegensetzt, als er den Arm um sie legen und sie an sich ziehen will — da merkt er doch, daß ihr Blässe und Einsilbigkeit einen tieferen Grund hat.

Auch als der Söderprekzug sie durch übersehene Tannenwälder und drohnende Tunnelnächte über die Alpen leucht; als sie das Blau des sächlichen Himmels über sich sehen und die Sonne wärmer auf sie herabstrahlt; als Norbert in Bellagio in einem der ersten Hotels eine Reihe von Zimmern nimmt zu mehrowöchentlichem Aufenthalt — die junge Frau bleibt ihrem Gatten eine Fremde. Unnahbarer noch, als vor der Hochzeit.

Zuerst ließ Norbert sie gewähren. Er hoffte, daß diese unnatürliche Zurückhaltung, ja scheinbare Abneigung sich mit der Zeit legen würde.

Als jedoch mehrere Tage vergehen und Diane nur die notwendigen Worte mit ihrem Manne wechselt, sich im übrigen zumeist in ihrem Schlafgemach einschließt — da hält es Norbert doch an der Zeit, sein junges Weib auf das Unhaltbare ihres Benehmens gegen ihn aufmerksam zu machen.

(Fortsetzung folgt.)

Medner am Weiterprechen. Dabei kam es zu Tätzlichkeiten.

Heidenheim, 3. Juni. (Wieder eingesprenge Wahlversammlung.) Ein zweiter Versuch der Bürgerpartei, in einer neuen Versammlung mit anderen Rednern ihren Standpunkt darzulegen, ist wieder durch Kommunisten gesprengt worden. Die Sache wird ein gerichtliches Nachspiel haben.

Niedlingen, 3. Juni. (Lagerhausbau.) Der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften erstellt am hiesigen Bahnhof ein Lagerhaus, das bis zur Ernte fertig sein soll. Die Baukosten betragen 300 000 Mark.

Münzingen, 3. Juni. (Amtsversammlung.) Die Amtsversammlung beschloß, um dem Kleingeldmangel abzuhelfen, 10 000 50 Pfennig-Stücke und 5000 10 Pfennig-Stücke herstellen zu lassen. Der Kraftwagenbetrieb Oberlenningen-Urach-Blaubeuren soll wieder aufgenommen werden.

Sulz, 3. Juni. (Drohbriefe.) Letzter Tage erhielten verschiedene hiesige Einwohner Drohbriefe.

Tuttlingen, 3. Juni. (Die sichtbare Donau.) Infolge der heftigen Regengüsse am vergangenen Sonntag ist der Zufluß der Schwarzwalddonau wieder eingetreten. Die Unterbrechung dauerte etwa 14 Tage.

Sonauersingen, 3. Juni. (Garnison.) Am 9. Juni werden von Freiburg zunächst 15 Offiziere und 400 Mann Reichswehr mit der Bataillonspatrolle hierher verlegt.

Kirchenraub. In der bei Fronhofen, B. A. Dillingen, auf dem Michaelsberg einsam stehenden Pfarrkirche wurde eingebrochen. Die Diebe sprengten die Tür zur Sakristei auf und stahlen die vergoldete Kreuzportikus, ein altes versilbernes Weihrauchschiffchen und vier messingene Leuchter. Vom schwarzen Wandmarmor schnitten sie die versilberten Spiegelaltäre ab. Den Tabernakel sandten sie zum Glück leer.

Friedrichshafen, 3. Juni. (Die Auslieferung der deutschen Luftschiffe.) Dem „Schw. Merkur“ wird geschrieben: Die Abgabe der nach Friedensvertrag an die Entente auszuliefernden Zeppelin-Luftschiffe, die in den nächsten Wochen überführt werden sollten, scheint einigen Schwierigkeiten zu begegnen. Die Arbeiter des Luftschiffbau-Verwerks und die Besatzungen der „Delag“, die das Fertigmachen, bzw. das Ueberführen der Schiffe übernehmen sollten, weigern sich, die ihnen gestellte Aufgabe auszuführen, weil sie durch Maßnahmen der Entente den deutschen Luftschiffbau und Luftschiffbetrieb bedroht sehen. Sie machen ihre Mitwirkung bei der Ablieferung der Schiffe insbesondere davon abhängig, daß die beiden Verkehrsluftschiffe „Voden-see“ und „Nordstern“ Deutschland verlassen und keine Reparaturen an Werftanlagen verlangt werden, welche den Bau von Schiffen auf längere Zeit lahm legen würden.

Baden.

Mannheim, 6. Juni. Vier hiesige Gesangsvereine des Arbeiter-Sängerkartells schlossen sich zu einer Volks-singakademie zusammen, um nicht nur das Volks- und Kunstlied zu pflegen, sondern sich auch in Sinfoniekonzerten zu betätigen. Die Leitung übernimmt Herr Prof. Arnold Schattschneider.

Ein Schahverband der Fernsprechernehmer hat sich in Berlin gebildet, der die Herabsetzung der neuen Fernsprechgebühren durchsetzen und gegen die Zwangsanleihe von 10 000 Mark für die Teilnehmer Stellung nimmt. Der Verband soll über das ganze Reich ausgedehnt werden.

Die Mörder des Grafen Westerbald sind ermittelt, d. h. man kennt jetzt ihre Namen, sie halten sich aber in der Gegend von Haltern (Westfalen) versteckt. Es sind vier Reichswehrsoldaten, die von den Sparakisten im Ruhrgebiet gegen hohen Lohn gedungen wurden. Der in dem Schloß Söthen durch Brand und Vandalen angerichtete Schaden ist jetzt auf über eine Million Mark festgestellt.

Verkraterter Wälsfling. Das Volksgericht in Neuburg a. D. verurteilte den verheirateten Valentin Kemp von Demantlein, der das Rles durch eine Reihe von Sittlichkeitsverbrechen unsicher machte, zu 10 Jahren Zuchthaus und 12 Jahren Ehrverlust. **Schlachten.** Aus Duisburg berichtet man der „Kölnischen Zeitung“: Ein Wagenlenker und ein Offizierstellvertreter haben mit Hilfe geläufiger Papiere fünf Eisenbahnwagen Fertigeisen im Wert von 60 000 Mk. nach Kassel und Hamburg zu verschleusen versucht. Es gelang, die Wagen unterwegs zu beschlagnahmen. Die Täter wurden in einem Düsseldorf-Gasthof verhaftet.

Die Wehrmacht. So lang gewöhnt wird und so angeeignete Persönlichkeit die Stimmen der Masse für sich gewinnen wollen, ist eine einseitige Werbung zu machen, die sich stets in ähnlichen Formen bewegt hat, da sie ja stets mit den gleichen Trieben der Menschheit zu rechnen hat. In der Werbung, die man in der Form der Wahlwerbung zu sehen hat, sind die Werbungen in Pompeji, die uns das Lebensbild einer Stadt des Altertums in unvergleichlicher Unmittelbarkeit vorführen, bieten in der großen Fülle der dort gefundenen Wahlinschriften den besten Einblick in die Wahlpropaganda vor fast 2000 Jahren. Die Kandidaten waren hier gewöhnlich Mauerabschnitte eingeräumt, auf denen sie ihre Namen in roten oder blauen Buchstaben einschreiben durften. Doch damit begnügten sie sich nicht und nahmen vielfach auch die für die Ankündigungen des übrigen Wahlstimmens reservierten weißen Stellen, das sogenannte Album, in Anspruch. Aber nicht die Kandidaten allein empfahlen sich in diesen Inschriften, sondern auch andere, an der Wahl Beteiligten und Unbeteiligte, machten hier nach Kräften Stimmung, und so finden wir Wahlempfehlungen von Abhängigen der Kandidaten, die natürlich an der Wahl des Verworfenden ein großes Interesse hatten, sowie Aufrufe von Weibern und Kindern, die der Abstimmung in jeder Beziehung fernstanden. Auch an Wahllokaten fehlte es nicht, und die Feinde wurden hohftark karikiert, wie ein Bild aus einer Mauer Pompejis zeigt, das drei Kandidaten in grotesker Verzerrung mit Tierköpfen an den Pranger stellt. Im Rom der Kaiserzeit suchte man die Menge hauptsächlich dadurch zu bestechen, daß man ihnen in den glänzendsten Farben die Feste und Vergünstigungen schilderte, die die Gewählten veranstalten würden. Im Mittelalter verhielten sich die Anschläge und Plakate und wurden durch öffentliche Aufrufe ersetzt, die unter Trompetenschmetter die Bürger zur Wahl einluden, und diese Sitte dauerte fort bis zur französischen Revolution. Erst im Revolutionsjahr 1848 wurden der Maueranschlag und das Wahlplakat im modernen öffentlichen Leben heimisch. Zunächst waren es kleine, unauffällig gedruckte Zettel, auf denen der Text von einem schwarzen Streifen umrahmt war — die nach allen Regeln der Reklametechnik gedruckten Plakate sind erst viel später aufgekommene — aber was im Neuen vermieden wurde, das wurde durch den Inhalt doppelt und dreifach ersetzt.

Das Ende der Zirkusse. Paul Busch, der Besitzer des berühmten Zirkus Busch in Berlin, hat mit Ende Mai seinen Betrieb eingestellt und sämtliche Angestellte entlassen, weil die neue Berliner Luftfahrtssteuer und die Gehaltsforderungen der Angestellten die Weiterführung unmöglich machten. Auch Stosch-Sarrasani, der neben seinen Wandersirkussen das Zirkustheater in Dresden besitzt, will im Herbst den Betrieb einstellen. Die beiden Zirkusse Hagenbeds (Hamburg) sind ins Ausland gegangen und reisen vorerst in Holland.

Locales.

Erhöhung der Militär-Eisenbahntarife. Der Reichsrat stimmte der Erhöhung der Militärtarife entsprechend der Erhöhung der übrigen Eisenbahntarife vom 15. Juni ab zu. Danach erhöht sich der Preis für die Personenbeförderung um 300 Prozent, für die Güterbeförderung um 450 Prozent. Die Militärtarife sollen auch künftig entsprechend den erkauften weiteren Zuschlägen im allgemeinen Eisenbahnderehr mit erhöht werden.

Arbeiterarbeit. Der Reichsrat hat den Wunsch ausgedrückt, daß die Schutzbestimmungen für die in Preßluft beschäftigten Arbeiter auch auf den Bergbau ausgedehnt werden.

Vereinsauflösung. Der Verband der Inhaber des Eisernen Kreuzes in Württemberg hat unter dem Druck der Zeitverhältnisse seine Auflösung beschlossen.

Das Zeitungspapier. Der bayer. Bauernbündler Abg. Dr. Schlittenbauer hat an das Reichswirtschaftsministerium die Bitte gerichtet, entsprechend der Senkung der Holzpreise auf eine Senkung der Papierpreise hinzuwirken. Die Antwort hat Schlittenbauer nicht befriedigt; er veröffentlicht sie im „Bayer. Kurier“ und bemerkt dazu: Solange dem King der Papierfabriken es gestattet ist, abgesehen vom Tageszeitungspapier, für alles andere Papier die Preise nach Willkür festzusetzen, so lange gibt es wohl hohe Dividenden der Fabriken, aber kein Papier für die Fachpresse zu erträglichen Preisen. Es gibt einen Weg der Abhilfe, nämlich die teilweise Verschlagnahme der Riesendividenden, die die Papierfabriken verteilt haben, zur Verbilligung des Bedarfs der Fachpresse auf den Betrag, der für Zeitungspapier zu zahlen ist. Dr. Schlittenbauer weist dann, abgesehen von den schwer schädigenden hohen Kopienpreisen, auf die durch die Fachpresse belegte Tatsache hin, daß in Holland Monate hindurch deutsches Papier zu Spottpreisen angeboten wurde, während bei uns angeblich Papiermangel herrscht.

Herabsetzung des Biercontingents? Das Reichsfinanzministerium beschäftigt, wie die „N. N.“ melden, das Braurecht von 70 auf 50 Prozent zu kürzen. Die bayerische Regierung hat ihren Vertreter im Reichsamt angewiesen, den Vorschlag des Reichsfinanzministeriums abzulehnen; sie beschäftigt sogar, eine Erhöhung des festgesetzten Braurechts einzuführen, sobald eine bessere Versorgung der Brauereien mit Gerste eintritt.

Fahrpreiserhöhungen. Aus Saarbrücken wird berichtet: Wie in vielen anderen Städten, haben auch die Straßenbahnen des Saartals die Fahrpreise immer und immer wieder erhöht. Nun hat durch die unerschwinglichen Preise fast die Hälfte der früheren Fahrgäste auf die Benutzung der Straßenbahn verzichtet. Die Direktion sieht sich gezwungen, die Fahrpreise wieder zu erniedrigen und um eine Rentabilität zu erzielen, den Betrieb bedeutend einzuschränken. Der Gesamtverlust beträgt bis jetzt 2 1/2 Millionen Mark.

Pocken. Im Kreise Oppeln (Oberschlesien) sind mehrere Fälle von schwarzen Pocken festgestellt worden.

Gattenmord. Am 26. Februar vorigen Jahres war aus dem Landwehrkanal in Breslau der Rumpf eines Mannes geborgen worden, der in einem Mantel eingewickelt war. Sehr gelang es der Kriminalpolizei, den Toten als den Oberlehrer Dr. Heimberger festzustellen, der auf Anstiften seiner eigenen Ehefrau von deren Kesseln, einem 22 Jahre alten Schöffer, erordenet worden ist. Die Frau wurde verhaftet und ist auch geurteilt. Um das Verbrechen zu verheimlichen, hatte sie vor einem Jahr einen Unbekannten, der sich im Gräberer Forst wohnt, als ihren Gatten bezeichnet. Der Unbekannte wurde dann auch „Oberlehrer Dr. Heimberger“ beerdigt.

Die Feuerungszuschläge für isolierte Leistungsdrahte werden nach einer Mitteilung der vereinigten Fabriken im Monat Juni die gleichen sein wie im Mai.

Noch nicht genug Ablieferungsvieh? Die „Schwäb. Tageszeitung“ erfährt, Frankreich und Belgien haben nachträglich noch eine höhere Anzahl von Zuchtvieh von der Entente verlangt.

Zur Reichstagswahl.

Der Reichstag ist bekanntlich nach einem anderen Wahlverfahren gewählt worden als die Nationalversammlung im Jahr 1919. Das damals angewandte Verhältniswahl-system ist ersetzt durch das sogenannte automatische System, wonach auf 60 000 abgegebene Stimmen ein Abgeordneter entfällt. Dieses automatische System ist auf den Ausfall der Wahl nicht ganz ohne Einwirkung gewesen und hat bis zu einem gewissen Grad dazu beigetragen, daß das Ergebnis — verhältnismäßig — gegenüber den Wahlen von 1919 eine Veränderung erfährt, abgesehen von den erkennbar gewordenen Strömungen innerhalb der Wählerschaft, die natürlich vor allem ins Gewicht fallen. Den Einfluß des Wahl-systems auf das Wahlbild kann man aus folgender Aufstellung ersehen. Im Januar 1919 wurden gezählt für

Sozialdemokraten	Zentrum	Demokraten	Deutsch-natl.
11 509 048	5 680 216	5 641 825	3 121 479
Unabhängige	Dtsch. Volkspartei	Sozial. Partei	F. A. L. L.
2 317 290	1 345 638		281 848

Auf die einzelnen Parteien entfielen nach einer amtlichen Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts Abgeordnete

Soz. Jtr.	Dem.	Dtsch. Volksp.	D. P.	Soz. Jtr.
163	91	75	44	22
				19
				7

Bei Anwendung des automatischen Systems und bei Verrechnung der Reststimmen der Kreise auf eine Reichstagswahl würden die Parteien Abgeordnete erhalten haben:

191	99	94	52	38	22	8
-----	----	----	----	----	----	---

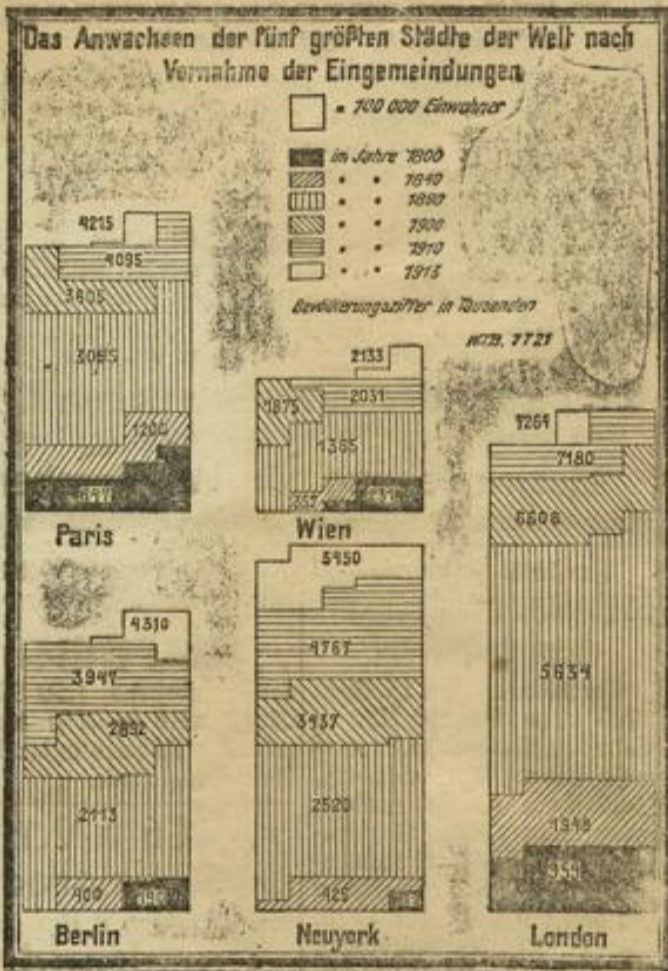
Die Zahl der Mitglieder der Nationalversammlung beträgt 421; sie würde sich auf 504 belaufen haben, wenn damals schon das automatische System angewandt worden wäre. Während in der Nationalversammlung 185 Sozialdemokraten beider Richtung 236 bürgerlichen Vertretern gegenüber standen, würden die entsprechenden Zahlen auf Grund von Wahlen nach dem automatischen System 229 und 275 gewesen sein. Die Spannung zwischen den Zahlen der sozialdemokratischen und den bürgerlichen Abgeordneten betrug in der Nationalversammlung 51, sie würde bei dem neuen Verfahren nur 46 Stimmen betragen haben, also geringer gewesen sein.

Für die neue Wahl ist zu berücksichtigen, daß im Januar 1919 das ganze Deutsche Reich in seiner alter Ausdehnung mit Ausnahme von Elsaß-Lothringen und dem Saargebiet gewählt hat, während jetzt infolge des sog. Friedens von Versailles die uns verloren gegangenen Gebiete — Elsaß-Lothringen, Danzig und der sog. „polnische Korridor“ — ferner wiederum das Saargebiet und außerdem die Abstimmungsgebiete — ganz Oberschlesien mit Teilen des Kreises Namslau, ganz Schleswig-Holstein und ganz Ostpreußen einschließlich des östlich des polnischen Korridors gelegenen, deutsch gebliebenen Teils von Westpreußen — nicht mitwählen. Für die Abstimmungsgebiete sind infolge der Wahlen nur aufgeschoben worden, bis dahin gelten die von ihnen in die Nationalversammlung entsandten Abgeordneten als Mitglieder des Reichstags, und zwar für

Soz. Jtr.	Dem.	Dtsch. Volksp.	Unabh.	D. P.	Soz. Jtr.
7	1	3	2	—	1
5	8	1	1	—	—
5	—	3	1	—	1

Für die östlich der Weichsel gelegenen Teile der ehemaligen Provinz Ostpreußen, die künftig zum Wahlkreis Ostpreußen geschlagen werden, wurde vom Reichswahl-ausschuß den beiden Wahlvorschlägen, die bei der Wahl zur Nationalversammlung in diesem Gebiet die meisten Stimmen erhalten hatten, je ein Abgeordnetermandat zugeteilt. Von dieser Zuteilung werden die demokratische und die sozialdemokratische Partei betroffen. Demnach werden also dem von dem Rumpf- oder Rest-Deutschland am 6. Juni gewählten Reichstag für die an den Wahlen vorerst nicht teilnehmenden Abstimmungsgebiete ohne weiteres 4 Deutsch-nationale, 2 Deutsch-volksparteiler, 8 Demokraten, 9 Zentrumsmänner, 11 Mehrheitssozialdemokraten und 1 Vertreter der Schleswig-Holsteinischen Bauern beitreten.

Die Ergebnisse der Reichstagswahl werden nach der Annahme an amtlicher Stelle nicht vor Dienstagabend in Berlin eingelaufen sein; im Reichsamt werden sodann die sog. Reststimmen, d. h. die Stimmen, die übrig bleiben, nachdem in den einzelnen Wahlkreisen die Zahl der Parteimandate mit je 60 000 Stimmen festgesetzt ist, auf die in Betracht kommenden Parteien verteilt und die etwa sich ergebenden weiteren Mandate ermittelt. Dieses Ende dürfte demnach kaum vor Mittwoch zu erwarten sein.



Bermischtes.

Eine Schamlosigkeit. Französische Touristen haben am Pfingstfest auf dem Hartmannsweller Kopf, dem bekannsten Berg, um den im Weltkrieg gerungen und auf dem viel Blut geflossen ist, einen Ball veranstaltet, bei dem die anrühligsten neuzeitlichen Tänze aufgeführt wurden. Der französische General Tabanis, der selbst mit seinen Jägern am Hartmannsweller Kopf geschnitten hatte und jetzt die 27. Infanteriebrigade in Wälsbäumen befehligt, hat öffentlich seinen Abscheu über die Schamlosigkeit ausgesprochen. Die Entrüstung ist in der elassischen Bevölkerung allgemein.

Durch die Explosion einer Blindgänger-Granate auf dem früheren Schlachtfeld von Ypern (Flandern) wurden 6 Personen getötet.

Waldrände. Infolge anbauender Trockenheit sind in Südost-Kanada schwere Waldrände ausgebrochen, die in Neu-Braunschweig und Neuschottland großen Schaden angerichtet haben.

Seuchenebungung in Mexiko. Die Staatsbehörden Mexikos haben beschlossen, ein Drittel der Häuser von Veracruz zu verbrennen, um die dort ausgebrochene Pest zu bekämpfen.

Wahlergebnisse.

Anlässlich der gestern stattgefundenen Wahlen wurden in Wildbad und den Pargellen für die einzelnen Parteien an Stimmen abgegeben:

Landtag	Reichstag
26 Bauernbund	29
546 Bürgerpartei	681
632 Deutsche dem. Partei	766
120 Deutsche Volkspartei	321
26 Kommunistische Partei	30
363 Sozialdemokratie	378
138 Unabh. Soz.	238
128 Zentrum	129

Oberamt Neuenbürg (Reichstag): B. B. 1044, B. P. 2581, D. Dem. 2688, D. B. 970, Rom. 418, S. 4319, U. S. P. 1589, Z. 278. (Das Landtagswahlergebnis konnten wir trotz mehrfacher Versuche noch nicht ermitteln.)

Für den Reichstag sind voraussichtlich in Württemberg gewählt: Conrad Hausmann (D.D.P.), Reil und Hildenbrand (S.), Crispian und Kemele (U.S.P.), Bazille (B.P.), Bogt und Körner (B.B.), Erzberger, Bolz und Feilhaber (Z.).

Nach den vorliegenden Nachrichten aus dem Reich sind die Wahlen überall störungslos verlaufen. Die Wahlbeteiligung betrug im allgemeinen 60%.

Erschossen. Heute nacht gegen 1 Uhr wurde der verheiratete Schreiner Ackermann von einem hier zur Kur weilenden Fremden anlässlich eines geringfügigen Wortwechsels erschossen. Der Tote hinterläßt eine Frau und zwei unmündige Kinder.

Letzte Nachrichten.

Lächerliche Verurteilungen.

Paris, 6. Juni. Wie Havas aus Mex. meldet, hat das französische Kriegsgericht in Abwesenheit verurteilt: Den Obersten Adoif vom 68. Infanterieregiment, der beschuldigt war, zwangsweise landwirtschaftliche Maschinen in Cplly requiriert und sie an Soldaten weiter verkauft zu haben, zu 10 Jahren Zwangsarbeit und 5000 Franken Geldstrafe, den Major von Mantuffel vom 11. Infanterieregiment, der beschuldigt war, auf einem Schloß Lebensmittel entwendet zu haben, zu 20 Jahren Zwangsarbeit, sowie einen Luxemburger namens Bauisch, der Leutnant gewesen sei, ebenfalls wegen Entwendung zu 10 Jahren Zwangsarbeit, einen Feldwebel namens Altmeyer vom Gefangenenlager in England wegen angeblicher Mißhandlung zu 20 Jahren Zwangsarbeit, sowie 4 seiner Untergebenen zu je 2 Jahren Gefängnis.

Nochmalige Verschiebung der Konferenz von Spa.

Paris, 6. Juni. Nach dem „Journal“ ist damit zu rechnen, daß die Konferenz von Spa nochmals ver-

schoben wird. Als Grund wird angegeben, daß die Fragen, die der Konferenz vorgelegt werden, „zu schwierig“ seien.

Paris, 6. Juni. Der Londoner Vertreter des „Matin“ will erfahren haben, das Memorandum, das gestern Krassin den Mitgliedern des wirtschaftlichen Obersten Rats übermitteln habe, entspreche nicht den Erwartungen. Es enthalte keinerlei Angaben über die Menge, nicht einmal über die Art der Waren, die Rußland abgeben könne.

Die Londoner „Times“ will wissen, die französische Regierung habe die englische benachrichtigt, Frankreich werde sich der Auszahlung russischen Golds nach jedem Land, mit dem Frankreich diplomatische und konsularische Beziehungen habe, widersetzen.

Anschlag gegen den türkischen Großwesir.

Paris, 6. Juni. Havas meldet aus Konstantinopel: Die Blätter veröffentlichen Einzelheiten über einen gegen den Großwesir gerichteten Anschlag. Ein besonderes Standgericht habe bereits Verhandlungen gegen die Beschuldigten eingeleitet.

Krieg im Osten.

London, 6. Juni. Wie die „Times“ aus Teheran melden, jagte der bolschewistische Kommissar des Äußeren Tschitscherin in der Antwort auf den Protest der persischen Regierung, es habe sich bei der Einnahme von Enzeli um eine Verteidigungsmaßnahme zum Schutze der Schifffahrt gehandelt, die durch die weiße Flotte in Enzeli bedroht gewesen sei. Die Sowjet-Truppen hätten den Auftrag, das persische Gebiet zu räumen, sobald die militärischen Rücksichten es erlaubten und sobald die Freiheit der Schifffahrt im Kaspischen Meer gesichert sei. Die persische Regierung halte die Antwort für günstig und fahre fort, in Enzeli über die Bedingungen für die Zurückziehung der bolschewistischen Truppen zu verhandeln.

Die Papiernot. Die Papiererzeugung, namentlich die für den Zeitungsdruck, hängt heute ganz von der Holzbeschaffung ab, und Holz kann bei weitem nicht in genügender Menge beschafft werden. Oft ist deshalb der Gedanke erwogen worden, gebrauchtes Papier wieder in ein „unbeschriebenes Blatt“ umzuwandeln. W. Albele macht nun in der „Voss. Zig.“ auf ein patentiertes Verfahren zur Neubearbeitung von Altpapier aufmerksam. Er schildert das Verfahren, zu dem, abgesehen von dem Kocher, jede Papierfabrik die notwendige Einrichtung besitzt, folgenbermaßen: „Das Altpapier wird nicht zerrissen oder zerschritten, sondern völlig unzerkleinert, aber sortiert, in einem zylindrischen, stehenden offenen Kocher mit ausziehbarem Zwischenboden eingefüllt und in ruhendem Zustand von der von oben nach unten

strömenden schwachen Lauge ausgekocht, bis die Aufschließung der Papiermasse erfolgt und die rufbindende Wirkung der fügen Bestandteile der Druckerschwarze beseitigt ist. Am Schluß des Prozesses liegt der Ruß (Farbstoff der Druckerschwarze) ohne Bindung nur noch lose auf dem Papierblatt, das als solches noch vorhanden ist, aber den Fasernzusammenhang vollständig verloren hat. Tinte und andere Farbstoffe werden durch die Lauge zerstört. Das Kochgut wird dann aus dem Kocher herausgehoben und sofort in einem geeigneten „Holländer“ aufgefajert und ausgewaschen. Die mit dem Kochgut noch in den Holländer gelangenden Lauge Reste beschleunigen und unterstützen den Waschprozess in der Weise besonders, daß ein nachträgliches Verschmieren der Faser mit dem Ruß ganz und gar verhindert wird. Die gereinigte Masse kommt weiß aus dem Holländer und hat an papierbildenden Eigenschaften gewonnen. Der englische Handelsminister glaubt, daß eine planmäßige, gemeinschaftliche Arbeit der Papierfabriken mit den Altpapieraufkäufern zur Erlassung des Altpapiers nötig ist, und er wird darin recht haben. Vor allem wird es aber bei uns nötig sein, daß in weiten Kreisen das Verständnis für die Wichtigkeit des Erhaltens, Sammelns und der Abgabe von Altpapier geweckt wird.“

Die Fernsprechkündigung. Man schreibt uns: Die württ. Postverwaltung hat mit jedem einzelnen Fernsprechteilnehmer einen Vertrag abgeschlossen, wonach die Kündigung eine vierteljährliche sein muß. In dem Vertrag hat die Postverwaltung für sich keine kürzere Frist vorbehalten, auch nicht, daß das Vertragsverhältnis sofort zu lösen sei, wenn die Teilnehmer etwaige Gebührenerhöhungen nicht annehmen. Die Post ist daher rechtlich verpflichtet, Teilnehmern gegenüber, die die neue Gebührenerhöhung nicht annehmen wollen, die dreimonatliche Kündigungsfrist einzuhalten. Es ist nicht zulässig, die Teilnehmer zu zwingen, bis auf 15. Juni den Anschluss zu kündigen, wenn sie die höheren Gebühren ab 1. Juli nicht bezahlen wollen. Auch muß es den Teilnehmern gestattet sein, bei Gebührenerhöhungen sofort zur niedrigeren Gebührenerhöhung, die sich aus der Grund- und Sprenggebühr zusammensetzt, abzusagen. Man nimmt an, daß etwa ein Drittel aller Anschlüsse gekündigt werden wird. Dadurch wird nicht nur der Wert des Anschlusses für die noch verbleibenden Teilnehmer stark vermindert, sondern es werden der Postverwaltung durch das Abnehmen der großen Masse von Drähten und Apparaten bedeutende Kosten erwachsen, abgesehen davon, daß von dem Material ein großer Teil nicht mehr verwendbar sein wird. Hausbesitzer, die bisher ihre Grundstücke der Postverwaltung für die Leitung unentgeltlich überlassen, erwägen bereits, jetzt eine angemessene Gebühr zu verlangen.

Margarine.

Bei den Kaufleuten, bei welchen man auf Marke 10 die Käse bezog, erhält man noch pro Person 1 Pfd. Margarine zu 11 Mark.

Städt. Lebensmittelamt.

Nr. 23373/20.

Bekanntmachung

des Landesfinanzamts Abteilung für direkte Steuern betreffend die vorläufige Erhebung der Reichseinkommensteuer im Rechnungsjahr 1920.

I. Wegen der vorläufigen Erhebung der Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920 nach Maßgabe des § 58 Abs. 2 und 7 des Reichseinkommensteuergesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 31. März 1920 (R.G.B. S. 428) wird zufolge Anordnung des Reichsministers der Finanzen nachstehendes bekannt gegeben:

1. Bei Steuerpflichtigen, für welche sich die vorläufig zu entrichtende Einkommensteuer nach § 58 Abs. 2 Einf.-St.-Ges. höher als die seitherige Staats- und Gemeindegemeindeeinkommensteuer berechnet, wird die Steuer auf Grund der letztjährigen Landesveranlagung, jedoch nach den Tariffähigkeiten des neuen Gesetzes bemessen. Hierüber wird ihnen ein vorläufiger Steuerbescheid zugestellt.

2. Alle übrigen Steuerpflichtigen haben die im Vorjahr entrichtete Staats- und Gemeindegemeindeeinkommensteuer vorläufig weiter zu entrichten. Sie erhalten ein entsprechendes Anforderungsschreiben.

3. Steuerpflichtige, bei denen auf Grund des § 45 des Reichseinkommensteuergesetzes die Steuerentrichtung demnächst, voraussichtlich mit Wirkung vom 25. Juli 1920 ab in der Form des 10%igen Abzugs vom Lohn erfolgt (Arbeiter, Angestellte, Festbedienstete) erhalten eine Steueranforderung, sei es durch vorläufigen Steuerbescheid, sei es durch einfaches Anforderungsschreiben nur dann, wenn ihre Steuerpflichtigkeit für das Jahr 1920 voraussichtlich höher ist als das 10%ige Gehalts- oder Lohnabzug. Wer in solchen Fällen eine Steueranforderung erhält, hat das Recht, auf die vorläufigen Zahlungen die Anrechnung der inzwischen von seinem Lohn oder Gehalt einbehaltenen Bezüge zu verlangen.

4. Die nach Vorstehendem im Rechnungsjahr 1920 vorläufig zu entrichtende Einkommensteuer ist in vier gleichen Teilbeträgen auf 1. Juli, 1. September, 1. November 1920 und 1. Februar 1921 fällig und spätestens bis zum 15. des betreffenden Monats zu entrichten.

5. Gegen den vorläufigen Steuerbescheid und gegen das einfache Anforderungsschreiben ist das Beschwerdeverfahren gegeben. Durch Einlegung der Beschwerde wird aber die Wirksamkeit der vorläufigen Steueranforderung nicht gehemmt, insbesondere die Erhebung der geforderten Steuer nicht aufgehalten.

II. Die entgeltliche Veranlagung und Erhebung der neuen Reichseinkommensteuer erfolgt erstmals nach dem Ablauf des Kalenderjahres 1920 auf Grund des Einkommens das der Steuerpflichtige in diesem Kalenderjahr bezogen hat.

Stuttgart, den 27. Mai 1920.

Vosler.

Bekanntmachung.

Vom Oberamt Neuenbürg wurden für Wildbad für die Zeit vom 1. Juni bis 30. September 1920 folgende Bierhöchstpreise genehmigt:

a. für offenes Bier:		
0,25 Ltr.	75 Pfg.	
0,30 — 0,35 Ltr.	80 "	
0,40 — 0,45 Ltr.	90 "	
0,25 Ltr.	100 "	
1 Ltr.	200 "	

b. für Flaschenbier:	in der Wirtschaft über die Straße	
0,5 Ltr.	120 Pfg.	110
0,7 "	180 "	170

Diese Preise verstehen sich für einheimische Biere. Sie sind öffentlich bekannt zu geben und in den Wirtschaften und sonstigen Verkaufsräumen deutlich sichtbar anzuschlagen. Wildbad, den 4. Juni 1920.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

Leseholzsammeln.

Das Sammeln von Leseholz in den Stadtwaldungen in der allgemein üblichen Weise ist der hiesigen Einwohnerschaft wie bisher gestattet.

Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß nach Art. 25 § 3. 2 des Forstpolizeigesetzes das Betreten der Schläge, in welchen die Holzhauer noch beschäftigt sind, zum Zwecke der Entnahme von Leseholz, Spänen oder Rinde streng verboten ist.

Wildbad, den 3. Juni 1920.

Stadtschultheißenamt: Bägner. Städt. Forstamt: Müller, Forstmeister.

Geflügel- und Kaninchen-Züchter-Verein Wildbad.

Am Dienstag abend von 5-7 Uhr wird in der Alten Linde an Mitgl. nochmals ein beliebiges Quantum Prima Kückenfutter

ausgegeben. — Diejenigen Mitglieder, die das Futter an dem Tage nicht abholen, haben keinen Anspruch mehr darauf. Der Vorstand.

Der bei uns bestellte

Haber

kann am Dienstag früh am Bahnhof abgeholt werden. Dann können wir nochmal 1 Waggon bekommen, den Zentner zu Mk. 165. — und nehmen hierauf Bestellungen entgegen.

Hänn & Co., Holzhandlung :: Wildbad.

Hiesige Geschäftstochter, bewandert im Verkauf und Bedienen, sucht passende

Jahresstellung.

Übernimmt auch Hausarbeit. — Zuschr. befördert die Geschäftsstelle ds. Bl.

Verband der Gastwirtsgehilfen.

An sämtliche gastwirtsch. Angestellten!

Versammlung

Mittwoch, 9. Juni, abends 10 Uhr.

im Saale des „Hotel Maisch“.

Tagesordnung:

1. Gründung einer Sektion.
2. Bericht über die Lohnbewegung.
3. Verschiedenes.

Kolleginnen, Kollegen erscheint vollzählig zu dieser äußerst wichtigen Versammlung. Es werden Beschlüsse gefaßt, die für sämtliche Angestellte auf die Dauer der Saison geltend sind.

Schließt Euch Alle zusammen, tretet bei, dem

Verband der Gastwirtsgehilfen, der alleinigen Interessenvertretung.

Bezirksleitung für Württemberg.

Forstamt Calmbach. Laubstamm- und Schichtnutzholz-Verkauf.

Am Montag, den 14. Juni 1920 vormittags 10 Uhr in Calmbach (Rathaus) a. Staatswald Eiberg Abt. Sägberg, Schönlänge u. Reuterwiese; Sengstberg Abt. Deschlesgrund; Rühlsting Abt. Ruchenbänke u. Zellerholz: 13 Eichen mit Fm.: 0,3 III, 0,7 IV u. 4,2 V. Kl., 77 Rotbuchen mit Fm.: 7 I., 23 II, 34 III, 8 IV. u. 1 V. Kl. 5 Birken mit 1,3 Fm. V. Kl.; ferner 2,5 Rm. eichene Noller (Deschlesgrund), 13 Rm. Buchene Spalter (Reuterwiese, Sägberg u. Zellerholz). Losverzeichnis unentgeltlich von der Forstdirektion, G. f. S. Stuttgart.

Eine gebrauchte, guterhaltene, wasserdichte

Marquise

von mindestens 1,50 Meter Länge, wird sofort zu kaufen gesucht. Näheres in der Tagblattgeschäftsstelle.

Turn-Verein Wildbad.

Heute abend 8 Uhr

Turnstunde

der Musterrige. Vollzähliges Erscheinen ist bringend notwendig. Der Turnwart.

Linden-Kabarett

Wilhelmstrasse 147

Dir.: M. Zengler.

Tägl. abends 8 1/2 Uhr

Erstklassige Künstler-Kapelle

Kapellm. SEIDEL

dazu das

neue Kabarettprogramm.

Anschliessend Künstler-Reunion.

Vorverk.: Buchhandlung Crotter,

König Karlstr.

Landes-Kur-Theater Wildbad

Direktion Steng & Krauß.

Montag, den 7. Juni

Willy's Frau.

Ein heiteres Familienstück in 3 Akten.

